

Landespolitiker sorgen für Hoffnungsschimmer

Kunstausschuss in Stuttgart: Orchesterfusion soll geprüft werden

Von Georg Rudiger

Und sie bewegt sich doch. Lange Zeit hat es so ausgesehen, als würde sich die Landespolitik Baden-Württemberg ganz aus der Debatte um die vom Südwestrundfunk beschlossene Orchesterfusion heraushalten – mit der Berufung auf die Unabhängigkeit des Rundfunks. Gestern beschloss der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst bei seiner Sitzung in Stuttgart einen von der SPD und den Grünen gestellten Antrag, „der Südwestrundfunk soll Modelle prüfen und entwickeln, die alternativ zur geplanten Fusion der beiden Sinfonieorchester des Senders geeignet sind, den Weiterbestand der beiden Klangkörper als eigenständige Einrichtungen zu ermöglichen.“ Für Gabi Rolland, Freiburger SPD-Landtagsabgeordnete und Ausschussmitglied, ist damit „die Tür der Politik einen Spalt aufgegangen“.

SWR-Intendant Peter Boudgoust, der von dem Ausschuss eingeladen worden war, stellte sich vor der Sitzung den rund 200 Demonstranten, die gegen

die Orchesterfusion bei einer Kundgebung in Stuttgart protestierten und der Ausschussvorsitzenden Helen Heberer 20 000 Unterschriften gegen die Orchesterfusion übergaben. „Fakt ist, dass wir seit sechs Jahren keine Beitragserhöhung mehr bekommen haben. Fakt ist, dass wir in diesem Jahr einen Fehlbetrag von 30 Millionen Euro geplant haben und im letzten Jahr einen Fehlbetrag von 40 Millionen Euro hatten“, sagte Boudgoust unter Buhrufen. „Die Orchestermusiker erwarten Sicherheit, Zukunft und Bestandsschutz“, so der Intendant weiter.

Doch Mehreinnahmen bei Rundfunkgebühren

Uta Terjung, Orchestervorstand des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg, sah das anders. „Es geht nicht um das Prinzip Hoffnung, sondern um das Prinzip Verantwortung. Wir reden hier nicht von einer Kantine, die man zumachen kann und vielleicht übermorgen wieder auf. Wir reden von einem

Leuchtturm, der über Baden-Württemberg hinaus, über Deutschland hinaus, in die ganze Welt strahlt“, konstatierte die Geigerin unter dem Beifall der Anwesenden.

Nach der Sitzung fühlte sich SWR-Intendant Boudgoust bestätigt. Er erklärte, dass der Landtagsausschuss die wirtschaftlichen Gründe anerkennt, die zum Schluss geführt haben, die beiden Orchester des SWR in Baden-Württemberg zu fusionieren. Denn der SWR müsse 2014 mit geringeren Einnahmen auskommen als noch 2009, so Boudgoust gestern. Der vom Südwestrundfunk 2009 beschlossene Sparkurs wurde wegen „Prognosen sinkender Beitragseinnahmen, auf die sich der SWR vorausschauend einrichtet“, auf den Weg gebracht, ist auch in einer älteren Pressemeldung des Senders nachzulesen.

Nun wird es aber durch die Umstellung von geräteabhängiger Rundfunkgebühr zu geräteunabhängigem Rundfunkbeitrag in den Jahren 2013 bis 2016 im Gegenteil Mehreinnahmen von geschätzten 1,146 Milliarden Euro geben, wie die



200 Musikfreunde aus Baden demonstrieren in Stuttgart für den Erhalt ihres Sinfonieorchesters: SWR-Intendant Peter Boudgoust (rechts) verteidigt die Fusion. Fotos: Rudiger

Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) Ende letzten Jahres prognostiziert hat. Dass der SWR im Augenblick keinen Zugriff auf diese Gelder hat, weil sie bei der KEF erst einmal eingefroren sind, wird von der Pressestelle des Senders immer wieder betont. Aber die Einsparungen durch die Orchesterfusion von lang-

fristigen 25 Prozent sollen erst ab 2016 greifen. Für diesen Zeitraum könnte vom SWR ein neuer, erhöhter Bedarf angemeldet werden. Im Augenblick ist ohnehin noch nicht klar, wie die Mehreinnahmen verwendet werden sollen. Der von der KEF gemachte Vorschlag, den Rundfunkbeitrag ab 1. Januar 2015 um die 73 Cent zu senken, die mehr eingenommen wurden, wird in der öffentlichen Diskussion inzwischen gar nicht mehr aufgegriffen. Nach der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die der am 13. März dieses Thema entscheidenden Rundfunkkommission vorsitzt, haben nun auch das Beratungsunternehmen DIW Econ und die sächsische Staatskanzlei empfohlen, zumindest einen Teil der Mehreinnahmen zu behalten und über deren Verwendung grundsätzlich zu diskutieren.

Es ist also vieles im Fluss und kann gestaltet werden – wenn man es denn möchte. Auch Kabarettist und Fusionsgegner Matthias Deutschmann, der Boudgoust bei der Kundgebung in Stuttgart ironischerweise das Megaphon hielt, betont die kulturelle Verantwortung, die der Südwestrundfunk habe. „Das Thema ist auf dem Weg in die Politik. Dort gehört

es auch hin. Raus aus diesen geschlossenen Gremien des SWR, raus aus der Atmosphäre von Unterdrückung, Bespitzelung und Gängelung – mitten hinein in die Kulturpolitik. Und nicht in einen Rundfunkrat, der aus Spesenrittern besteht, die Streuselkuchen essen, aber keine kulturellen Entscheidungen verantworten können“, sagte Deutschmann.

Dass auch SPD-Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel bei der Kundgebung vor dem Abgeordnetenhaus vorbeikam,

um seine grundsätzliche Bereitschaft zum Gespräch mitzuteilen („Wenn es eine Lösung geben soll, dann soll es eine Lösung einer gemeinsamen Verantwortung geben“), wirkte auf die Demonstranten so wärmend wie der Sonnenstrahl, der im gleichen Moment die grauen Wolken in Stuttgart aufriss. Und den die 41 badischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten, die sich für einen Erhalt des SWR-Sinfonieorchesters politisch einsetzen, vielleicht weitertragen.



Orchestervorstand Harald Paul übergibt 20 000 Unterschriften von Fusionsgegnern an Helen Heberer (vorne), der Vorsitzenden des Kunstausschusses.

Kultur in Kürze

„Waltons“-Star Waite tot: Der durch die Fernsehserie „Die Waltons“ berühmt gewordene US-Schauspieler Ralph Waite (85) ist in seinem Haus im kalifornischen Palm Desert gestorben. Die Serie „Die Waltons“ über eine Familie im ländlichen Virginia zur Zeit der Großen Depression und des Zweiten Weltkriegs lief von 1972 bis 1981 im US-Fernsehen und wurde auch in Deutschland ausgestrahlt. Waite stand dabei als Vater John „Pa“ Walton vor der Kamera. Unvergessen ist die Schlusszene am Ende jeder Folge, in der sich die Familie eine gute Nacht wünscht.

Pieper-Preis an Safranski: Der mit 15 000 Euro dotierte Josef-Pieper-Preis geht an Rüdiger Safranski. Nach Angaben der Josef-Pieper-Stiftung wird die Auszeichnung am 11. Mai im Historischen Rathaus der Stadt Münster an den Literaturwissenschaftler, Philosophen und Schriftsteller verliehen. Der Autor erhalte den Preis für seine besonderen Verdienste um die Vermittlung zentraler Persönlichkeiten der Philosophie- und Literaturgeschichte in einer genauen und verständlichen sprachlichen Form. (dpa)

Versagen auf allen Ebenen

Untersuchungsausschuss zum Desaster bei Elbphilharmonie-Bau

Von Carola Große-Wilde

Desaster beim Bau der Hamburger Elbphilharmonie: Die Kosten stiegen ums Zehnfache auf fast 800 Millionen Euro, die Eröffnung soll statt 2010 jetzt 2017 stattfinden. Schuldzuweisungen bietet jetzt der Abschlussbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Eine unfertige Planung, mangelnde Kontrolle vonseiten der Politik und ein Chaos auf der Baustelle sind schuld am Desaster beim Bau der Hamburger Elbphilharmonie. Das geht aus Bericht des Untersuchungsausschusses hervor, der gestern von den Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft diskutiert wurde. Auf 724 Seiten geht es um die Frage, wie es zu den Kostenexplosionen und Bauverzögerungen bei dem Prestigeprojekt kommen konnte. „Der Bericht offenbart ein schonungsloses Bild, was alles falsch gelaufen ist“, sagte der Vorsitzende, Ole Thorben Buschhüter (SPD). Die Kosten für die Elbphilharmonie sind von ursprünglich 77 Millionen auf 789 Millionen Euro gestiegen, die Eröffnung wurde von 2010 auf 2017 verschoben.

Erstmals nennt der Bericht, der die Vorgänge bis Ende 2008 untersucht, auch die Namen der Verantwortlichen. Demnach wollten alle Beteiligten das Konzerthaus unbedingt bauen, ohne den Steuerzahlern die wahren Kosten zu präsentieren – die nun zehn Mal so hoch sind als geplant. Für die wichtigsten Fehlentscheidungen des Projekts – die verfrühte Ausschreibung und das komplizierte Dreiecksverhältnis zwischen Stadt, Hochtief und den Architekten – ist demnach die städtische Realisierungsgesellschaft (Rege) mit ihrem Chef Hartmut Wegener verantwortlich. Die politisch Verantwortlichen, allen voran Hamburgs damaliger Bürgermeister Ole von Beust (CDU) und sein Chef der Senatskanzlei Volkmar Schön (CDU), seien dagegen ihrer Aufsichtspflicht nicht gerecht geworden und hätten sich zu wenig um Details des Baus gekümmert.

„Der politische Anspruch, die Elbphilharmonie zu einem der zehn besten Konzerthäuser der Welt zu machen, kollidierte hart mit den knappen Geld- und Zeitressourcen“, sagte die Grünen-Politikerin Eva Gumbel. Die Organisation des Pro-

jekts an den Behörden vorbei mit der allein verantwortlichen Rege und die Heraushebung des „Machers“ Wegener habe Verzicht auf interne Prüf- und Kontrollmechanismen bedeutet. Der Bericht listet zahllose Versäumnisse der Vorgängersenate auf: „Sei es die Ausschreibung auf Grundlage einer lückenhaften Planung, das Ignorieren von Warnsignalen oder der Irrglaube, wenn der Beton erst einmal fließt, werde sich alles nach hanseatischer Kaufmannstradition einvernehmlich zum Guten regeln lassen“, sagte der SPD-Politiker Frank Schmitt. Nach Ansicht der Linken hatte der damalige Bürgermeister von Beust das Projekt Elbphilharmonie zwar zur Chefsache erklärt, sich dann aber nicht darum kümmern wollen.

Weil fertige Baupläne von Herzog & de Meuron nicht rechtzeitig vorgelegen hätten, sei es zu einer „chaotischen Situation einer aufwendigeren Planung parallel zum Bau“ gekommen. Über Hochtief äußert der Bericht die Vermutung, das Unternehmen habe den Angebotspreis von Anfang an niedrig kalkuliert, um Nachforderungen zu stellen.

Bayerns Reformidee

Bundesrat verhandelt über Verjährungsfrist

Bayern hat im Bundesrat ein Ende der Verjährungsfristen bei Fällen von NS-Raubkunst vorgeschlagen. Nach der Entdeckung der Sammlung Gurlitt in München sei deutlich geworden, dass für die Eigentümer geraubter Kunstwerke und deren Erben eine rasche und pragmatische Lösung notwendig sei, sagte Bayerns Justizminister Winfried Bausback (CSU) gestern in Berlin.

Wer wesentlich Raubkunst besitzt, soll sich nach dem als „Lex Gurlitt“ bekanntgewordenen Vorschlag bei einem Rechtsstreit nicht mehr auf eine Verjährungsfrist berufen können. Bisher erlischt der Anspruch auf Rückgabe gestohlener Werke nach 30 Jahren. „Wir haben eine Lösung gefunden, die verfassungsrechtlich möglich ist“, sagte Bausback im Bundesrat. Man könne die Diskussion um Raubkunst, wie es in Deutschland üblich sei, grundsätzlich angehen und zum Beispiel ein Restitutionsgesetz in die Wege leiten. Doch das Problem lasse sich nicht weiter hinauszögern. Die Bundesrepublik stehe nach dem Schwabinger Kunstfund unter internationaler Beobachtung beim Umgang mit



Winfried Bausback. Foto: dpa

NS-Raubkunst, sagte der Minister.

Nach der heutigen Gesetzeslage kann ein aktueller Besitzer von gestohlenem Kulturgut eine Herausgabe nach 30 Jahren selbst dann verweigern, wenn er sich die Werke auf unredliche Weise verschafft hat. Damit werde NS-Unrecht auf Dauer festgeschrieben, sagte Bausback. Er zitierte dabei den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder: „Die gestohlenen Werke sind die letzten Gefangenen des Zweiten Weltkriegs.“ Auch Lauder hatte ein Ende der Verjährung gefordert. Der bayerische Vorstoß wird unter den Ländern positiv aufgenommen. Allerdings bestehen bei einigen Juristen Bedenken über den vorgeschlagenen Weg. Darüber soll nun in den Ausschüssen beraten werden. (dpa)